

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Das Blatt wird durch einen Boten
bei uns monatlich 120 Mark.
Bestellungen nehmen die Postämter
und für Auswärtige die Postanstalten
entgegen. — Preis: 120 Mark.
Bezugspreis: 120 Mark.
Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge.

Abgabegebühr für die Abgabe von
Bestellungen für Anzeigen aus dem
Landesgebiet 20.00 Mark, auswärtige
Anzeigen 25.00 Mark, Reichsgebiet
20.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 266

Mittwoch, den 15. November 1922

17. Jahrgang

Rücktritt des Kabinetts Dr. Wirth.

Berlin, 15. November. Nachdem die sozialistische
Fraktion gestern Abend mitgeteilt hatte, daß sie in eine Ko-
alition mit der deutschen Volkspartei nicht eintreten werde,
beschloß das Reichskabinett, durch den Reichskanzler dem
Reichspräsidenten seine Demission zu überreichen. Der
Reichskanzler hat in den letzten Abendstunden dem Reichs-
präsidenten die Demission des Kabinetts mitgeteilt. Der
Reichspräsident hat die Demission angenommen.

Die Umbildung der Reichsregierung hat beinahe
sämtlich neue Situationen und zahlreiche Überraschungen
gezeitigt. Die wichtigste bestand darin, daß sich der Reichskanzler
Dr. Wirth unerwartet schnell dahin entschied, die wider-
strebende Sozialdemokratie mit der deutschen Volkspartei zu-
sammenzubringen und die von den Demokraten so lange erstrebte
große Koalition zu verwirklichen. Von ihm persönlich ging näm-
lich die Frage an Zentrum, Demokratie und bayerische Volks-
partei, wie sie sich zur Heranziehung der deutschen Volkspartei
in der Regierungskoalition stellen. Als alle drei befragten
Parteien diese Forderung als Notwendigkeit bezeichnet hatten,
verlangte Dr. Wirth sehr energisch von der Sozialdemokratie
die Nachprüfung ihres ablehnenden Beschlusses gegen die Deut-
sche Volkspartei. Diese sozialdemokratische Nachprüfung brachte
sogar noch keinen Umfall, aber anscheinend doch die Vorberei-
tungen dazu. Darauf verlangte der Reichskanzler, daß sich
Sozialdemokratie und deutsche Volkspartei zusammenschließen
und die etwa noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten überwin-
den möchten. Am Spätnachmittag des Dienstags wollte er
dann den Versuch machen, die 5 Parteien endgültig zur großen
Koalition zusammenzubringen. Die bayerische Volkspartei hatte
sich jedoch dazu bereit erklärt, ohne indessen personelle Anfor-
derungen zu stellen. Gestern gegen Abend war die Hoffnung
in parlamentarischen Kreisen allgemein verbreitet, daß unter
dem energischen Vorstoß des Reichskanzlers Dr. Wirth die große
Koalition endgültig zustande kommen werde. Die Hoffnung
trug. Das Kabinett zog die Konsequenzen aus dem Wankgehen
der Koalitionsoverhandlungen und trat zurück. Die Sozialdemo-
kratie hat es nicht über sich gebracht, das Vaterland über die
Partei zu stellen, hat sich damit erneut als die Partei des „un-
erwarteten“ Klassenkampfes und Klassenkampfes ausgewiesen. Sie
trägt vor dem Volke und der Geschichte die volle Verantwortung
für die Folgen ihrer Handlung. Man darf wohl daran erinnern,
daß der Reichskanzler bei der Auflösung der Koalition die Re-
parationskommission hatte unabweisbar zu erkennen ge-
geben, daß das Kabinett Wirth infolge seiner allzu schmalen Basis
als Machtfaktor keinen imvermeidlichen Einbruch mache und mehr
eine Partei- als Volksvertretung darstelle.

Es erscheint im gegebenen Moment zweifellos, sich mit Kom-
binationen über Möglichkeiten und Unmöglichkeiten für den
Fall, daß Dr. Wirth endgültig das Steuer ruder aus seiner
Hand legt, zu befassen. Festzustellen bleibt nur, daß das Schlag-
wort von der „Volksgemeinschaft“, das auf dem sozialdemo-
kratischen Parteitag in Würzburg geprägt wurde, nichts war als
eben ein — Schlagwort. Wer aber die Volksgemeinschaft nicht
will, ist und bleibt Gegner des Staates, der niemals
nur aus einer Partei, sondern aus einem Volke besteht.

Die deutsche Währungsnote.

Der Plan der Regierung.

Aus der Note der Reichsregierung an die Reparations-
kommission geben wir folgenden Auszug:

1. Eine endgültige Stabilisierung der Mark kann
erst eintreten, wenn die Reparationsfrage entsprechend
der Leistungsfähigkeit Deutschlands endgültig geregelt ist.
Es ist aber sofort eine vorläufige Aktion zu ihrer Be-
hebung und Stützung notwendig.

2. Eine solche vorläufige Aktion kann nicht allein
mit deutschen Kräften geschehen. Die Mitwirkung des
Auslandes ist notwendig.

3. Die deutsche Reichsbank hat sich bereit erklärt,
einen Betrag von 500 Millionen Goldmark in Gold
oder Leihen für die Stützungaktion zur Verfügung zu
stellen.

4. Die Inangriffnahme der Stützungaktion erfor-
dert folgende Voraussetzungen:

a) Deutschland wird für drei bis vier Jahre von
allen Bar- und Sachleistungen aus dem Vertrag von
Versailles befreit.

Sachleistungen für den Wiederaufbau der zer-
störten Gebiete gehen weiter, soweit sie ohne Be-
wehrung der kriegswichtigen Schuld, d. h. aus laufenden
Einnahmen oder inneren Anleihen bestritten werden
können.

b) Deutschland erhält für die Stützungaktion von
ausländischen Banken einen gesicherten Kredit von
mindestens 500 Goldmark, so daß für die Stützung-
aktion insgesamt ein Betrag von mindestens einer
Milliarde Goldmark zur Verfügung steht.

5. Die vorstehenden Voraussetzungen sind auch von
der Reichsbank für die Bereitstellung von 500 Millionen
Goldmark unter Inanspruchnahme ihres Goldbestandes
ausgestellt worden. Die für die Kreditgeber erforder-
lichen Sicherheiten werden unter Genehmigung der Re-
parationskommission vom Reich, nicht aber von der
Reichsbank zu stellen sein.

6. Ein von den ausländischen Banken und den

Reichsbank bereitgestellten Mittel werden von einer un-
abhängigen Stelle verwaltet.

7. Diese Stelle wird zugunsten des Kurzes der
Reichsbank intervenieren.

8. Sobald durch die Stützungaktion der Kurs der
Mark soweit gebessert ist, daß das innere Vertrauen
wieder hergestellt ist, wird die deutsche Regierung eine
innere Goldanleihe unter entsprechenden Bedingungen
ausgeben.

Die deutsche Regierung ist ferner bereit, auswär-
tige Anleihen auszugeben, die zu angemessenen Bedin-
gungen erhältlich sind.

Schon während der Dauer der in Nr. 4a genannten
Periode wird der Ertrag der inneren Anleihe zur Hälfte,
derjenige der äußeren Anleihe in voller Höhe zur Ab-
deckung von Bar- und Sachleistungen aus dem Vertrag
von Versailles verwendet. Die andere Hälfte des Er-
trages der inneren Anleihe dient dem Bedarf des eigen-
en Haushalts Deutschlands, insbesondere zur Rück-
zahlung des Stützungskredites.

9. Durch die vorstehenden Maßnahmen wird Deutsch-
land in die Lage versetzt, das Gleichgewicht in seinem
Haushalt herzustellen, das Anwachsen der schwebenden
Schuld aufzuhalten und die Diskontierung von Schatz-
anweisungen bei der Reichsbank in absehbarer Zeit ein-
zustellen.

Durch innere Reformen wird Deutschland seine
Ausgaben einschränken und seine Einnahmen erhöhen.
In dieser Richtung ist insbesondere ins Auge gefaßt:
Aufhebung entbehrlicher Behörden, Verminderung
der Zahl der Angestellten und Beamten, Vermeidung
unproduktiver Ausgaben, Beschränkung der
gesetzgeberischen Maßnahmen, die neue Ausgaben ver-
ursachen, auf die dringlichsten Erfordernisse, produktive
Gestaltung der Reichsbetriebe zur Erzielung ihrer Ren-
tabilität.

10. Deutschland wird alle erforderlichen und ge-
eigneten Maßnahmen ergreifen, um insbesondere durch Er-
höhung des Wirkungsgrades der Arbeit zu einer Stei-
gerung der Produktion und damit zu einem Ausgleich
der Handelsbilanz zu gelangen.

Zu diesem Zweck wird insbesondere eine Neuorga-
nisation des Arbeitsmarktes unter Festhaltung des Acht-
stundentages als Normalarbeitszeit und unter Zulassung
gelegentlich begrenzter Ausnahmen auf tariflichem
oder behördlichem Wege zur Beseitigung der Notlage der
deutschen Wirtschaft in die Wege geleitet, alle Maß-
nahmen zur Heranbildung von Qualitätsarbeitern ge-
fordert, Luxusverbrauch und Luxusimport gedeemt und
der Alkoholverbrauch beschränkt werden.

Zwecks Steigerung der landwirtschaftlichen Produk-
tion wird die Zwangsbeiratschaftung des Brotgetreides
abgeändert werden.

11. Bei Festigung des Marktkurses werden anderer-
seits die ausländischen Staaten diejenigen Beschränkungen
der Einfuhr deutscher Waren aufheben müssen, die
durch den Niedergang der deutschen Währung veran-
laßt wurden. Auch im übrigen wird Deutschland die
wirtschaftspolitische Gleichberechtigung in allen Bezie-
hungen eingewöhnt und die Unabhängigkeit der deut-
schen Wirtschaftsverwaltung im besetzten Gebiet wieder-
hergestellt werden müssen, um den Ausgleich der deut-
schen Handels- und Zahlungsbilanz zu ermöglichen.

Um den vorstehend niedergelegten Plan ausführen
zu können, unterbreitet die deutsche Regierung der Re-
parationskommission nachstehende Anträge:

a) Eine endgültige Festlegung der Verpflichtun-
gen Deutschlands sobald als möglich in solcher Höhe
herbeizuführen, daß sie einschließlich des Zinsfußes der
aufzunehmenden Anleihen aus dem Ueberschuß des
Haushaltes bestritten werden können.

b) Zunächst für die Dauer von drei bis vier Jah-
ren Deutschland von allen Bar- und Sachleistungen
aus dem Vertrag von Versailles unter dem in Ar-
tikel 4a Absatz 2 genannten Vorbehalt für den Wieder-
aufbau der zerstörten Gebiete zu befreien.

c) Unverzüglich eine Konferenz von internatio-
nalen Finanzleuten zum Zweck der Beratung über
einen Deutschland zu gewährenden Bankkredit einzu-
berufen.

Produktionsrückgang.

Die Produktion des deutschen Reiches ist von 86,978
Millionen im Jahre 1918 auf 82,472 Millionen im
Jahre 1921, also auf 94,8 Prozent zurückgegangen. Viel
stärker vermindert hat sich aber die landwirtschaftliche
Erzeugung. Während im Jahre 1907 die landwirt-
schaftliche benutzte Fläche 82 Millionen Hektar betrug,
betrug sie jetzt nur noch auf 27 Millionen Hektar;
es sind Wäldungen zu bepflanzen um 22,51 Prozent
bei Weizen, 22,17 Prozent bei Roggen, 18,48 Prozent
bei Hafer usw. Die Rückwirkungen auf die Ernte kom-
men in einem beträchtlichen Maaße dem Getreideertrage

zum Ausdruck. Im Jahre 1918 betrug die Gesamt-
ernte an Getreide 80,704 Millionen Tonnen, im Jahre
1921 dagegen nur noch 16,888 Millionen Tonnen, d. h.
55 Prozent; die Kartoffelernte ging zurück von 54,121
Millionen Tonnen auf 26,151 Millionen Tonnen,
also auf 48,3 Prozent. Der Rückgang der landwirt-
schaftlichen Produktionsleistungen ist auch im Viehbe-
stand ersichtlich; den hauptsächlich in Betracht kommen-
den Schlachtviehmärkten wurde zugeführt im Jahre 1918
5 812 000 Schweine, 1921 dagegen nur 1 923 000, d. h.
also nur ein Drittel. Der Rindviehbestand ging in
derselben Zeit zurück von 20 994 Millionen Stück auf
16 839 Millionen; gleichzeitig sank das durchschnittliche
Schlachtgewicht auf ungefähr 60 Prozent, der Jahres-
ertrag der Milchzucht sogar auf 45—50 Prozent.

Die gewerbliche Erzeugung ist genau so stark zu-
rückgegangen. Die Steinkohlerzeugung im Ruhrbe-
cken verminderte sich pro Kopf und Schicht von 833 kg.
im Jahre 1913 auf 609 bezw. 584 in den Jahren 1919
— 21. Die Roheisenproduktion ging von 16,761 Millio-
nen Tonnen 1913 auf 5,75 Millionen Tonnen 1921,
d. h. auf 34,3 Prozent zurück; etwas besser gehalten
hat sich die Stahlerzeugung, die „nur“ von 16,949
Millionen Tonnen auf 7,75 Millionen Tonnen, d. h.
auf 45,7 Prozent fiel. Wie arm wir geworden sind,
zeigt, daß unsere Ausfuhr von 73,713 Millionen Ton-
nen 1913 gefallen ist auf 20,2 Millionen Tonnen im
Jahre 1921, d. h. auf 27,4 Prozent. Dieses Schwün-
den des Volkvermögens kommt auch in dem zurück-
gehenden Gewerke in deutschen Häfen zum Ausdruck,
in die im Jahre 1913 Schiffe von 34,773 Millionen
Registertonnen einliefen, gegen nur 12,544 (36,1 %) im
1921. Wie unter dem Produktionsrückgang und der
Geldentwertung selbst die primitivsten Bedürfnisse le-
den müssen, beweist, daß in den vier Jahren 1918—21
in 85 deutschen Großstädten nur 2480, 8212, 18 791 und
21 278 Wohnungen gebaut wurden, gegenüber 59 908 im
Jahre 1913, daß also ein Rückgang zu verzeichnen war
auf 4,9—35,5 Prozent.

Das in den oben wiedergegebenen Zahlen zum Aus-
druck kommende trostlose Bild wird von den meisten nur
deutlich nicht erkannt, weil die hohen Papiergewinne
den Einblick in die Wirklichkeit erschweren; macht man
sich aber klar, daß ein Goldwert zurückgeführt bei 25
der bestfundierten Banken und industriellen Unterneh-
mungen die 1921 gezahlten Dividenden durchschnittlich
nur 0,1 Prozent ausmachten, dann ergibt sich auch hier-
aus ein Bild unserer Verelendung.

Wohnungsnot und Wirtschaftsfrage

Die Regierung steht in bezug auf die Wohnungs-
politik auf dem Standpunkte, daß an eine Verringerung
der Zwangswirtschaft auf diesem Gebiete zunächst nicht
gedacht werden kann. Die heutige bellagenwerte Woh-
nungsnot in Deutschland, so wird regierungsfestig er-
klärt, ist eine unausbleibliche Folge der wirtschaftlichen
Weltkrise. Ein umfassender Wohnungsbau, der den
Ausfall während des Krieges wieder gutmachen soll,
wäre nur aus Ueberflüssen der Volkswirtschaft mög-
lich. Daran fehlt es heute in Deutschland, teilweise
auch im Auslande. Demnach wirkt auch die Unsicher-
heit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung. In
Ländern mit sinkendem Geldwert scheuen die Besitzer
der etwa vorhandenen geringen Kapitalien die Anlage
im Wohnungsbau, weil die Eigentümer die heute da-
mit ungetrenntlich verbundene Entwertung ihres Gel-
des nicht in Kauf nehmen wollen. In Ländern mit
besserer Valuta sind die Geldgeber bis zum Eintritt
eines stabilen Geldwertes ebenfalls nicht geneigt, den
Wohnungsbau zu unterstützen, da sich nicht voraussetzen
läßt, welche Höhen die Wieten und damit die Werte
des Kapitals dauernd behaupten werden. Selbst in
Amerika, das keinerlei Zwangswirtschaft gehabt hat, ist
1918 und 1920 nur außerordentlich wenig gebaut wor-
den. Erst seit Besserung der Wirtschaftslage hat dort
1921—22 eine nennenswerte Privatbauwirtschaft einge-
setzt. In England und Belgien wurden erhebliche öffent-
liche Zuschüsse für den Wohnungsbau aufgewendet wer-
den. Auch dort genügt das private Kapital nicht. In
Italien und Frankreich liegt es noch schlimmer aus.
Die Wohnungsnot in Deutschland liegt also nicht allein
da; sie ist eine Folge der weltwirtschaftlichen Entwick-
lung. Ein Abbau der Zwangswirtschaft würde keine
Besserung bringen. Er würde eine erhebliche Stei-
gerung der Wieten nach sich ziehen, aber keine Neubau-
stätigkeit zur Folge haben, so lange die gegenwärtige
kritische Wirtschaftslage andauert. Auch die vielfach
empfohlene teilweise Freigabe von größeren Wohnungen
oder gewerblichen Räumen würde aus demselben Grunde
die Voraussetzung für eine umfangreiche private Haus-
bauwirtschaft nicht schaffen, dürfte aber einen ziemlich
wünschenswerten Reiz von Grundbesitzern be-
sonders Einnahmen bringen.

Ausfahrungen in Düsseldorf und Köln.

Gestern lagen in Düsseldorf sämtliche Fabriken mit wenigen Ausnahmen still. Die Schusspolizei hat eine Reihe weiterer Verhaftungen vorgenommen. U. a. verurteilte die Menge die Bierbrauerei Schwabenbräu zu schließen. Die Schusspolizei griff aber rechtzeitig ein und verhinderte die Stilllegung des Betriebes. Gestern fanden in Essen Verhandlungen zwischen den Zentralgewerkschaften und dem Arbeitgeberverband über die Verbesserung der Löhne in der Metallindustrie statt. Der Regierungspräsident hat energische Maßnahmen ergriffen, um die Ausbehnung der Unruhen für den Abend zu verhindern.

Stilllegung des Düsseldorfer Tageblattes.

Gestern nachmittag drang in die Geschäfts- und Druckräume des „Düsseldorfer Tageblattes“ eine Anzahl Kommunisten ein, meist halbwüchsige Burschen, und erzwangen die Stilllegung des Betriebes. In den Druckräumen wurden einige Sekretärinnen umgeworfen. Es wurden Blei, Kleider, Schuhe usw. gestohlen.

Zusammenstöße in Köln.

Nach den Ausschreitungen in den Vororten kam es wieder zu Zusammenstößen und zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Polizei griff zur Waffe. Es wurden mehrere Personen durch Schüsse und Säbelschläge verletzt. Nachher kam es im Innern der Stadt zu Ausschreitungen. Große Mengen von Teilnehmern einer verbotenen Kommunistenversammlung sammelten sich an und gingen gegen einige Warenhäuser und große Spezialgeschäfte vor, in denen eine Reihe von Fensterscheiben zertrümmert wurden. Der Vorsitzende des kommunistischen Kontrollausschusses ist von d. z. Lesungsbehörde verhaftet worden.

Deutscher Reichstag.

Die Dienstagssitzung des Reichstages war wieder einmal dazu angetan, den Mißbrauch eindringlich zu illustrieren, der mit der Einrichtung der sogenannten kleinen Anfragen getrieben wird. Es folgte die Berichterstattung des Ausschusses über den neuen Geschäftsordnungsentwurf, dessen Notwendigkeit die vorausgegangene Stunde wieder einmal belegt hatte. Die Redner der verschiedenen Fraktionen bekräftigten ihre Bereitschaft an einer Gesandung der parlamentarischen Verhältnisse mitzuwirken, wobei es nicht ohne polemische Ausfälle gegen die andern Parteien abging. Sehr treffend sagte Reichstagspräsident Lohse die Notwendigkeit der Neuordnung der Geschäftsführung zusammen, indem er die Abgeordneten daran erinnerte, daß ihre Wähler von ihnen nicht große Taten erwarten, sondern Arbeit am Wohle des Vaterlands. Da sich die Geschäftsordnungsdebatte sehr in die Länge zog bestand Neigung, die Interpellation über die Rolle der deutschen Wissenschaft, die den Schlüsselpunkt der Tagesordnung bilden sollte, abzulegen, denn die wichtigsten Besprechungen über die Neubildung der Regierung nötigten die Fraktionen doch zu entscheidenden Maßnahmen.

Kleine politische Meldungen.

Sperrmaßnahmen bei der Post. Das ständig wachsende Defizit der Post bringt die Verwaltung dazu, energische Sperrmaßnahmen zu ergreifen. Da der Verkehr auf fast allen Gebieten zurückgegangen ist und schon aus diesem Grunde eine Einschränkung des Beamtenkörpers notwendig wurde, sollen in den nächsten Monaten 20 000 Postbeamte in den Dienst der Finanzverwaltung überführt werden. Es ist weiter beabsichtigt, im Laufe des Winters die jetzt noch beschäftigten Hilfskräfte, deren Beschäftigung überflüssig geworden ist, nach und nach zu entlassen.

Aufhebung des bayerischen Volksgerichts. Der Fachsenbach-Prozess hat infolgedessen Gutes bewirkt, als die dabei zu Tage getretene Ueberbahrung des formalen Verfahrens die Erkenntnis der Gefährlichkeit und Unbeholfenheit des Volksgerichts in den heute wieder beruhten Kreisen endgültig zum Durchbruch gebracht hat. Im Laufe der nächsten Tage dürfte von verantwortlicher Regierungsstelle das Volksgericht preisgegeben und seine Aufhebung verkündigt werden.

Baroness Claire.

Original-Roman von M. Herzberg.

Amerikan. Copyright 1920 by Lit. Bar. M. Lincke, Dresden 21. (Schluß.)

Eine Falte des Amantes zwischen den Brauen, blinnte sie an ihm vorüber geradewegs.

„Daß doch ruhen, Adolff! Wozu diese unerquicklichen Dinge noch einmal aufzählen. Das Wesentliche weißt du ja!“

„Nein, so lasse ich mich nicht wieder abspinnen!“ entgegnete er entschieden. „Nun sprich, und sei mir dabei an! Ich besorge darauf! Diese Delinquentenerei ist mir an dir fremd!“

Sie gebührte widerstrebend und erstickend.

„Es ist mir einfach unangenehm, davon zu reden. Damit du aber nicht glaubst, daß ich etwas zu verbergen Grund habe —, sie stockte unschlüssig.“

„Ja, das werde ich ganz bestimmt tun, wenn du mich noch länger warten läßt! Warte!“

„Nun also,“ begann sie abgerund, „ich schrieb dir doch, daß man meine unglücklichen Familienverhältnisse erklären sollte.“

„Wetter!“

„Das erklärt es doch!“

„Deshalb hieß man dich gehen?“

„Man hieß mich nicht gehen; ich ging von selbst!“ antwortete sie stolz.

„War dies die alleinige Ursache, Claire?“

Sie schweig, zu ehrlich zur Sache.

„Wetter!“ wiederholte er kurz.

„Du kannst dir doch denken, daß meine Stellung dadurch unhaltbar geworden war!“ versetzte sie ausweichend.

„Gewiß, das begreife ich! Aber was war der einzige Grund?“

„Nein, es war es nicht!“ entgegnete Claire jetzt fest.

Scheinungsbildung in Frankreich. Die Antwort der Reparationskommission auf die deutschen Vorschläge ist erst zum Ende dieser Woche zu erwarten und wird durch die am gestrigen Dienstag überreichte neue deutsche Note noch stark beeinflusst worden. Heute findet eine offizielle Besprechung der Kommission statt, die die Vorbereitungen für die formelle Stellungnahme treffen wird. Die Vorausbilder der Pariser Presse zeigen bereits, in welcher Richtung sich die Aussprache bewegen wird. Sie wird ausschlaggebend beeinflusst sein durch die wachsende französische Erkenntnis, daß die Reparationsforderungen in bisheriger Höhe nicht aufrechterhalten werden können. Bereits fündigt der Petit Parisien an, daß Frankreich bereit sein werde, einer weitgehenden Herabsetzung der deutschen Schuld zuzustimmen, allerdings unter Voraussetzungen, über die es sich erst noch mit seinen Verbündeten auseinanderzusetzen muß.

Russin gegen Österreich. Die lebhaftesten Kommentare, die der Artikel des „Popolo d'Italia“ vom 4. November über eine mögliche Aufstellung Deutschösterreichs in italienisch-schweizerischen Kreisen hervorrief, haben zu einer Mitteilung des italienischen Botschafters in Wien geführt, nach dem Mussolini in keiner Eigenschaft als Ministerpräsident ausdrücklich versichert haben soll, daß der betreffende Artikel: „Das österreichische Problem“ in keiner Weise den Ansichten der italienisch-italienischen Regierung entspricht und daß die Zeitung „Popolo d'Italia“ durchaus keinen offiziellen Charakter trage.

Von Stadt und Land.

Mus. 15. November 1924.

Gerhart Hauptmanns 60. Geburtstag am 15. November.

Heute begeht der als Zeitgenosse bekannteste Mann der Literatur, der Dichter Gerhart Hauptmann seinen 60. Geburtstag und das geistige Deutschland feiert ihn. Ueber Parteien und Meinungen hinaus empfinden alle, die ihn kennen, daß unter den Lebenden Hauptmann der Nationaldichter ist; derjenige, der die größte Fülle und das reinste Wesen zu geben habe. Man wird streiten können, ob die geistige Formel des abgelaufenen Zeitabschnittes nicht von anderen Dichtern, etwa Dehmel, tiefer und methaphysischer gefaßt worden ist. Aber das Wesen des letzten Menschenalters fand den getreuesten Ausdruck und Ausdruck in Gerhart Hauptmanns Werken.

In Oberlahnstein wurde der Dichter am 15. November 1862 geboren. Er besuchte die Dorfschule dieses Ortes und die Realschule zu Breslau, jedoch nur bis Quartar; er wurde dann Landwirt zu Leberose bei Striegau, welchen Wirkungskreis er schon nach einem Jahre mit der Breslauer Kunstschule vertauschte, da er sein bildhauerisches Talent entdeckt hatte und es zur Ausbreitung bringen wollte. Ein paar Jahre später finden wir ihn als Student zu Jena. Reisen nach Capri und Rom, wo er sich als Bildhauer betätigte, folgten. Berlin, Erkner und Scherbenow sind, nachdem er von der Reise zurückgekehrt war, seine Wohnorte. Kamenhensdorf wählte sich der Dichter, der in zweiter Ehe verheiratet ist und vier Söhne hat, dann später zum dauernden Aufenthalt.

Hauptmanns Geburtstag wird an den meisten deutschen Theatern durch Aufführung seiner Werke festlich begangen, am festlichsten wird der Dichter jedenfalls in Berlin gefeiert werden. Dort werden der Festsitzung im Reinhardtischen Großen Schauspielhaus Reichspräsident Ebert und fast sämtliche Minister des Reiches und Preußens betreten. In Aue findet eine Gerhart Hauptmann-Fest im Bürgergarten, veranstaltet vom Dramatischen Verein „Urania“ statt.

Der sächsische Landtagspräsident. Als Nachfolger Frähdorfs wurde der Abgeordnete Max Binkler von der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages zum sächsischen Landtagspräsidenten ausgerufen. Der Dresdener Staatssekretär zufolge ist die Einberufung des sächsischen Landtages für den 29. November in Aussicht genommen.

Die guten Deutschen. Zur Landtagswahl schreibt die Chemnitzer Volksstimme: „In der bürgerlichen Presse hat ein lebhaftes Frage- und Antwortspiel eingesetzt. Was wird geschehen? Wie werden sich die Sozialdemokraten verhalten? Werden sie eine rein sozialistische Regierung bilden oder werden sie sich für das Kabinett der Mitte entscheiden? Das sind die Fragen, die die bürgerlichen Kreise erregen. Die Derrichtungen mochten sich unndigerweise Sorgen. Die Ballt wird schon gefunden, aber nicht die der sogenannten Mitte. In Sachen wird sozialistisch regiert. Das sollen sich die guten Deutschen sagen.“

„Da ist es nun wirklich, wirklich so gekommen, wie man sich ersehnte, und sie, sie weiß das Bild, diese einzige Chance von sich! Ist auf der ganzen Welt, außer dir, ein Weib, das so dünn, so wahrhaftig handeln würde? Du wein, wer hat dich so schlecht beraten?“

„Was meinst du?“

„Wenn du nicht verstehst, so tut's mir leid! Deutlicher werden mag ich nicht!“ sagte sie trotzig.

„Du sprichst in Rätseln, Claire! Soll ich dargus schreien.“

„Daß Herr von Gröningen nicht mehr mein Freund ist! Ja, das sollst du!“

„Aha! Das mußte ich, das mußte ich!“ murmelte Adolff grimmig.

Claire sah wieder angelegentlich zum Fenster hinaus, und diesmal ließ er sie gewähren. Es war ihm sogar lieb, daß er sah dem, was er jetzt zu sagen hatte, nicht in ihr Gesicht zu schauen brauchte.

„Und jener andere, Claire! — von dem ich hoffte.“

„Er hatte es leise, beharrsam gefragt. Sie aber fuhr sofort herum und entgegnete voll warmen Eifer: „Er ist ein edler, ein charaktervoller, ein gütiger Mensch! Ich achte und verehere ihn!“

„Daß er nicht um dich geworden, Claire, ich hoffe es nicht!“

„Er hat es wohl, Adolff!“ erwiderte sie leise.

„Wie? Er hat es, Claire, und du —“

„Ich schlug ihn aus!“

„Du schlugst ihn aus?“ rief er aufspringend außer sich. „Dargott, diesen Mann, der dir eine glänzende Zukunft, der dir vor allem deine angestammte Heimat wieder bot? Weist du denn, was du tatest, wie grenzenlos töricht du gehandelt? Du mußt geradezu von Sinnen gewesen sein!“

„Wäge deine Worte, Adolff!“ rief sie zornig. Er hörte nicht auf sie. Mit beiden Händen verzweiflungsvoll in seinen bunten Haaren wühlend, durchmaß er stürmisch tolebet und wieder das kleine Zimmer, ganz klugenommen von dieser ihrer unabweislichen Handlung.

Neuorganisation der Erwerbslosen-Versicherung. Am 10. November 1924 ist in den vereinigten Reichsratskammern der Antrag Sachlens auf Erhöhung des Versicherungsbeitrages beraten worden. Der gleichzeitige Vorschlag, wesentlicher hinter den sächsischen Vorschlag zurückbleibend, wurde von der Reichsregierung infolge dessen am Ende der Beratungen keine Mehrheit mehr, sondern es kam zu einem Kompromißvorschlag. Sobald die Reichsregierung dazu Stellung genommen hat, wird am 16. ds. Mts. eine zweite Sitzung in den vereinigten Reichsratskammern und anschließend darauf die eingehende Beschlußfassung der Vollversammlung des Reichsrats stattfinden, so daß spätestens für den 20. November das Inkrafttreten von Unterstufungsbeiträgen erhofft werden kann, die durchschnittlich um 20 bis 25 Prozent höher sind, als die Vorschläge der Reichsregierung und das 4 bis 5fache der jetzigen Unterstufungsbeiträge betragen.

Zur Beamtenbesoldung. Ähnlich wird aus Dresden mitgeteilt: 1. Zur weiteren Ausführung des Beamtenbesoldungs-gesetzes ist vom Finanzministerium in Verbindung mit dem Kultusministerium bestimmt worden: a) Der allgemeine Ausgleichszuschlag zum Grundgehalt, zur Grundvergütung und zum Ortszuschlag, zu den Kinderbeihilfen, zu den besonderen Zuschlägen, sowie zum Bezüge nach §§ 101, 102 und 108 des Besoldungsbestimmungen beträgt für die Zeit vom 1. November 1924 an 40 v. O.; b) die hiernach für den Monat November zu leistenden Nachzahlungen sind sofort zu bewirken; c) den erhöhten Ausgleichszuschlag für den Monat November erhalten mittelbar auch die im Laufe dieses Monats aus dem Dienste ausgeschiedenen Beamten. 2. Die Vorschriften unter 1 gelten auch sinngemäß für die Vordienst-Beamten, die unter den Tarifvertrag 1884 R. V. V. vom 18. August 1920 fallen.

Trennung von Staat und Kirche in Sachsen. Der sächsische Ministerpräsident Bud, der in München in einer Versammlung des republikanischen Reichsbundes sprach, teilte dabei mit, daß Sachsen demnach auf Grund des Artikels 13 der Reichsverfassung mit der Trennung von Kirche und Staat selbständig vorgehen werde, und mit der Errichtung der Staatschule vorbildlich in Deutschland wirken werde.

Staatliche Anerkennung der sächsischen Methodistenkirche. Das sächsische Gesamtministerium hat den Gemeinden der sächsischen Methodistenkirche in Sachsen als Gesamtkirche die Rechte der Körperschaften des öffentlichen Rechts verliehen. Die sächsische Methodistenkirche steht auf dem Boden der Reformation. Sie hat im Freistaat Sachsen 9180 Mitglieder mit 8158 Kindern in 26 Gemeinden mit 140 Filialen und 29 Geistlichen.

Der sächsische Gemeindevorstand befahte sich wieder einmal mit der den Gemeinden zu gewährenden Entschädigung aus der Umsatz- und der Grunderwerbssteuer an die Gemeinden. Er wünscht immer noch, gegen den Willen des Reichsfinanzministeriums, durchzusetzen, daß die Verwaltung dieser Steuern den Gemeinden verbleibe. Die sächsischen Reichstagsabgeordneten sind ersucht worden, in diesem Sinne zu wirken. Ferner verlangt der Gemeindevorstand bereits für 1925 eine höhere Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer. Leider scheint er kein Wort gegen die geplante abermalige Erhöhung dieser rohesten aller Steuern gefunden zu haben, die eine neue ungeheure Verteuerung auf allen Gebieten mit sich bringen muß. — Mit den von der sächsischen Regierung angebotenen Entschädigungen für die Verwaltung der sächsischen Grundsteuer und Wohnungsbauschuld erklärte man sich vorläufig einverstanden. — Der Vorstand des sächsischen Gemeindevorstandes empfiehlt den Gemeinden, in Zukunft von der Einziehung von Steuerresten usw. im Wege des Erluchens an die neue Aufenthaltsgemeinde eines Schuldners dann abzusehen, wenn die einzuschreibenden Beträge 100 Mark (gegen bisher 20 Mark) nicht übersteigen.

Zuckerpreise im November. Die Landespreisprüfstelle gibt bekannt, daß für Zucker im November nachstehende Verkaufspreise im Kleinhandel Gültigkeit haben: Weißer und gemahlener Raffinade des Pfund 100 Mark, Buderzucker, Stücklumpen und Brote das Pfund 110 Mark, Würfelzucker 120 Mark das Pfund.

Freibremensdiebstahl. Unter dieser Spitzmarke berichten wir am Montag von einem Einbruch in eine hiesige Fabrik. Es kann heute erfreulicherweise folgendes mitgeteilt werden. Durch Zusammenarbeiten der hiesigen Kriminalbrigade mit der städtischen Polizei ist es gelungen, den Einbruch restlos aufzuklären, den Einbrecher (ein Auswärtiger) festzunehmen und das gestohlene Gut (Freibremens und Aenderer) herbeizuschaffen. Die Freibremens wurden von einem Montag früh zur Arbeitsstelle gehenden Mann am Bahnkörper an der Eisenbahnstraße im Verkehr aufgefunden. Die ganze Ermittlungsarbeit wurde am Montag restlos mit vollem Erfolge erledigt und den dabei

„Da ist es nun wirklich, wirklich so gekommen, wie man sich ersehnte, und sie, sie weiß das Bild, diese einzige Chance von sich! Ist auf der ganzen Welt, außer dir, ein Weib, das so dünn, so wahrhaftig handeln würde? Du wein, wer hat dich so schlecht beraten?“

„Von neuem kamste in ihr der Born über seine Kühnheit auf. Da sie aber in sein schüchtes, treues, fest vor leidenschaftlichem Eifer drohtes Antlitz blinnte, sank ihr Groll. Für wen kämpfte er denn in seiner selbstlosen Liebe? Gegen das innerste Fühlen seines Herzens ward er für jenen, in dem opfermüthigen Wortsicht auf eigenes Glück!“

„Ich war nicht schlecht beraten, Adolff!“ entgegnete sie daher sanfter. „Mein Gewissen bewahrte mich davor, einen edlen Mann zu betrügen; denn ich — ich liebte ihn nicht!“

„Du weißt nicht, was du aufgegeben in deinem kindlichen Unverständnis um einer idealistischen Dummheit übertriebenen Bewußtseinsoffenheit willen!“ sagte er nun aus beherrschter, sich wieder neuen sie lebend.

„Und solchen Vorwurf machst du mir, Adolff?“

„Ja, ich! Du hättest Weibnes haben gelernt, Claire, du dein Herz noch frei!“

„So?“ fragte sie gedehnt. „Weist du das so genau?“

„Ja, Gott sei Dank!“

„Wenn ich dir nun sage, daß du irrst, daß mein Herz ungerben eine Wandlung erfahren, Adolff? Würdest du mir noch zur Annahme von Weibnes Antrag raten? Würdest du es, wenn du wüßtest, daß ich — einen anderen liebe?“

Das seltsame Gesicht in diese Blut getaucht, die schimmernden Augen gelockt, bewahrte sie zuerst nicht die Veränderung des jungen Mannes neben ihr. Die niedergerichtet war er in die Rädehne des Hofes gesunken, und das eben noch so lebensfrohe Gesicht überzog sohle Wölfe.

Beitrag verdient für das schnelle und sichere Einmündigen...

Turnen, Sport und Spiel.

Waffen- oder Mannschütz-Verksamkeit im Runkturnen. Im Anschluss an die vorige Woche gab es heute...

Kauter. Diebstahl. Um sich Mittel zu einer Ausstattung für ihre Vorbereitung zu beschaffen...

Carlseid. Stiftung. Fabrikant C. Hermann Alenold stiftete der Kirchengemeinde ein neues Bronzegeläut.

Sprechsaal

Diese Rubrik dient zum freien Meinungsäußerung unterer Leser. Die Schriftleitung übernimmt dafür nur die prägnanteste Verantwortung.

Aus Schuhmacherkreisen erhalten wir folgende Zuschrift. Die am 12. November verammelten Schuhmacher von Aue und Umgebung erheben erneut den schärfsten Protest...

Vermischtes.

Eine Schweizer Millionenkilung. Dem Reichspräsidenten sind, wie bereits mitgeteilt wurde, durch die schweizerisch-deutsche Hilfskommission 20 Millionen zur Erhebung der Not der deutschen Redakteure, Journalisten und Schriftsteller überwiesen worden.

Das Erdbeben in Chile. Nach eingegangenen letzten Nachrichten über das Erdbeben in Chile sind in Coquimbo und Coyapo, die fast vollkommen vom Erdbeben verschlungen sind...

„Es ist nicht möglich!“ rammelte er. „Doch blühte sie ihn an und erschraf. Aber er meldete seine Schwäche und richtete sich auf.“

„Wen? Um Gotteswillen, wen?“ forschte er mit verzagender Stimme.

„Siehst du nun ein, Adolf, daß ich unter solchen Umständen —“

„Hörte mich nicht!“ unterbrach er sie rauh. „Nenne mir ihn, den — Glücklichen — ach, ich Unseltiger!“

Und seine Arme verzeiwungsvoll über den Tisch werfend, barg er sein Gesicht darin, und ein erschütterndes Schöhnen brach aus seiner Brust.

Sie konnte es nicht ertragen, es zerriß ihr das Herz, und ihre aufwallende Wut sagte über keine, verblümmliche Bedenken. Da war ihr Mund an seinem Ohr, und wie in einem Hauche flüsterete sie seinen eigenen Namen, erfuhr er, daß er selbst der Ausgewählte ihrer Seele sei.

Er schloste empör, die Augen fassungslos auf ihre Gesichter. Dann aber in ihren Blicken, ihrem Wachen lesend, übermannte ihn die seltsame Gewissheit. Von seinem Stuh zu ihren Füßen gleitend, sie umfangend, den Kopf in ihren Schoß gepreßt, hobte sein ganzer Körper vor übermächtiger, gewaltiger Erregung. Er hatte erschraf vor dem elementaren Ausdruck so ungeachteter, tiefer Leidenschaft. Sie lachte Adolf vorgerend emporgeschießen und sah ein, daß es vielleicht besser war, ihn gewähren ausatmen zu lassen, diesen befreienden Sturm, die entsetzten Gewalt seiner lange summen und leidvoll getragenen, Hoffnungslosen Liebe.

„Und willst mit mir gehen als mein Weib?“ flüsterete er später nach den ersten, langen heißen Küffen.

„Und als eure Wirtschafterin!“ erwiderte sie unter Tränen lächelnd. „Nun braucht ihr keine andere mehr.“

„Meine Elster! Meine einzige, einzige Elster!“ jubelte er überglücklich.

— Ende. —

Dann in der Nähe von Coquimbo, die sich am Meeresstrand ausbreiten, ist vollkommen von der Erdbodenberührung verschlungen und ein Teil der Straße von etwa 1 1/2 Kilometer wird neu gebaut werden müssen. Die chilenische Regierung hat sofort eine ausgedehnte Rettungsaktion in die Wege geleitet. Aus der Hauptstadt sind Sonderzüge mit Werkzeugen, Sanitäts- und Nahrungsmitteln nach der Städte des Unglücks abgegangen. Der Schaden wird auf etwa 100 Millionen Goldpesos geschätzt.

Ueberfremdung.

Im Orient und im fernen Westen gibt es „Fremdenviertel“ der Städte; die Siedelung der Europäer hält sich getrennt vom Gemimmel der Eingeborenenströme. Umgekehrt hat die neue Welt in New York und San Francisco ihre sozusagen „europäischen“ Teile, d. h. die mit amerikanischen, neben den chinesischen, russischen, italienischen Strömungen. Das Durch- und Nebeneinander der verschiedenen Volkstypen ist ja für die Städte mit von Grund aus gemischter Bevölkerung, Prag, Triest, Warschau u. s. f. alte Tradition als modernes Wanderungs- und Juwanberungsproblem ist es vor allem in der Wiener Leopoldstadt, die den „Galizier“ aufnahm, und im Londoner Eastend deutlich geworden. An der Themse stauten sich manche Wanderzüge, auch dort ein volkreiches Zusammenrücken in der Wohnungsverteilung. Ich erinnere mich an einen Sonntagvormittag, Square in London; auf allen Bänken saßen sie herum und sprachen deutsch.

Zwischen dem Kurfürstendamm und der Kaiserallee, im Westen Berlins, geben sie herum und sprechen russisch. Oberitalienisch, polnisch, tschechisch, oder englisch, italienisch, holländisch. Herr Bader machte früher vor mancher Stadt ein Komplement und sagte sie sei eine bevorzugte „Fremdenstadt“. Das wird er sich wohl abgewöhnen müssen. Denn das Wort besetzt jetzt einen etwas fatalen Klang.

Die Ueberfremdung Berlins mit Fremden (und in geringem Maße gilt die Erscheinung auch für einige andere Städte, etwa Hamburg) ist soziologisch interessant genug, aber politisch und wirtschaftlich äußerst schwierig. Am deutlichsten zeichnen sich die russische Frage ab. Nach Hunderttausenden haben sich in Berlin Bürger des ehemaligen Kaiserreichs, neben den Nationalrussen Juden und Deutsche, auch außerholländische. Sie haben sich Bettungen geschaffen. Drucker, Buchhandlungen, Cafés und Restaurants spezifisch russischer Färbung, Theater und Kabarets und gerade mit den letzteren die stärkste geistige Bindung erreicht, darüber hinaus auch durch ausgezeichnete Leistungen Einbruch erzielt. Ein sehr wesentlicher Teil des musikalischen Lebens ist durch die Ausländer bedingt, und in den Veranstaltungen, die von ihren Musikern oder für ihre nationalen Kompositionen eingerichtet werden, sind sozusagen nicht sie, sondern wir ihre Gäste.

Das ist keine neue Erscheinung. Hinter der französischen Revolution waren die Städte am Rhein angefüllt mit „emigrierten“ Adel und reicher Bourgeoisie, die vor den Volkswind ihrer Zeit geflohen waren, verbrachten wie der entsprechende Teil unserer Jugewanderten ihre Zeit mit zmedelmütigen Genüssen, unkontrollierbaren Gelüsten und der konzentrischen Leidenschaft des politischen Diskutierens. Aber heute ist diese Tatsache viel einflussreicher; durch ihre Massenhaftigkeit zum einen, und dann deshalb, weil sie sich mit einem geschärften Empfinden für die nationale Differenzierung, für die völkische Sonderart begeben.

Die sozialpolitische Belastung liegt auf der Hand. Es ist nicht der unmittelbare Verzehr, um den es sich handelt, das „Weg-Essen“ von an sich geringen Vorräten — hierhin das Problem zu wenden, würde eine maßlose ziffernmäßige Ueber-treibung sein. Aber die Wohnungsfrage hat von dem Erscheinen der Ausländer in den Großstädten einen sehr bestimmten Anknüpfen erhalten. Und es stellt sich dabei so dar: bei den Vermietern sind die Ausländer vielfach beliebter, denn man kann sie leichter hochnehmen. Die „Kampfront“ in der Wohnungsfrage ist hier durchaus gebrochen; die Deutschen, ob Wohnung suchend, oder Wohnung vermieland, stehen hier gegenentander. Wir reden dabei nicht von der Gefahr, daß immer mehr deutscher Hausbesitz in fremde Hände kommt (eine Folge der allzulangen Sonderbelastung), sondern von dem ganz primitiven Kampf um die Stube, in dem der Fremde, vor allem der hochkulturelle, Sieger bleibt, weil ihm alle Steigerung hemmungslos ausgeblüht wird; man weiß, er wird schon nicht zum Mietseinsparungsmittel laufen. Die Erbitterung bei den Wohnungslosen ist be-greiflich genug; aber es ist etwas einseitig, wenn sie nur die Fremden sieht.

Es gibt Ausländer, denen das Problem ganz deutlich ist, ob ihre Anwesenheit den Deutschen eigentlich Vorteile bringt oder nicht. Sie „bringen Geld ins Land“, Familien befreiten von ihnen das Leben, ein zwar demütigendes, aber innerhalb der gebildeten Mittelschicht den knappen Lebensstandard sichernder Zustand — daneben aber verwirrt ihr Dasein den Gang der normalen Konsumtion. Nicht nur Gaststätten, auch Bildungsstätten richten sich in ihrer Erstens auf die Zufuhrleistung der Fremden ein, und erfahren damit in der Tiefe eine soziale Umgestaltung.

In zahllosen Resolutionen ist die Bekämpfung der Ueberfremdung gefordert; aber die Wirksamkeit aller Bürokratie ist heute geschwächer als je. Das „Tief“ unserer Voluta hat eine alle Ordnungen und Verordnungen zerbrechenden Ansaugkraft. Wenn es sich einmal heben sollte, wird ein natürlicher Ausschubprozess wieder einlegen — manche glauben es zu beobachten, daß die relative Besserung des ökonomischen Standes bereits dort eine gewisse Ueberwanderung eingeleitet habe, eine freiwillig nach Deutschland. Die Ausländerfrage ist auf innigste verweben mit dem Gesamtstand unserer politischen und wirtschaftlichen Lage.

Das Gehörnis aller Betrachtungen aber lautet: wozu leben diese Leute? Bei denen, die mit einem Kreditbrief aus hochkultureller Heimat kommen, ist weder Frage nach Antwort interessant. Aber von den Hunderttausenden, die nun schon Jahre um Jahr von ihrer blühenden Heimat abgedrängt sind, bleibt das Rätsel. Ein Teil der östlichen Juden, die sich sprachlich kaum zurechtfinden, hat sich im Gelegenheits-geschäft festgesetzt und nicht gerade sehr ertrudelt. Viele leben von der Arbeit, die sie gegenseitig sich leisten; es besteht ein Arbeitsmarkt für Verarbeiter, Künstler, des völlig unüberhald der allgemeinen Wirtschaftslage steht. Gemeinames Schicksal und gemeinsame Sprache umgeben seine Grenzen. Aber es muß doch ein Kapitalintergrund vorhanden sein. Dieser bietet sich in den „Schwarzorten“ an, die Rußlands Kleinadel und Bourgeoisie belag und besetzt. Man hat dort nicht weniger als im Westen kapitalistisch gedacht, vielmehr in Edelmetallen, Edigen, Wesen „kfeuert“. Das das nicht alles das Sowjetssystem vernichtet und enteignet? Theoretisch gemiß und praktisch durch zahllose Brutalitäten bestätigt; aber auch heute noch ist Rußland weit und der Har ferne, Schmutzgel und Korruption aber die gegebene Mittel, mit dem Anspruch der staatlichen omni potens einen erfolgreichen Kampf aufzunehmen. Man lebt „aus der Substanz“ mit einem Leichnam, der kein Nachher bedeutet, mit einer Resignation, die das Nachher nicht bedenken mag. Man kann in Deutschland heute von Gold und Edelsteinen lange satt werden, denn nie hat so sehr, als doch unserer Arbeit das wertz-

volle Gehalt von Verheerung der Welt... Wenn hier das was, wenn in das alle zu Ende? Niemand kann es sagen. Denn all dies wird schließlich von der großen politischen Vereinigung, falls sie kommt, weggewischt und beseitigt werden. — Frage, die uns dann noch bleibt: ob nicht die sozialistische Haltung unseres Volkstums durch die Kräfte und Dauer dieses Nachkriegsbesuches all zu tiefen Schaden genommen.

Letzte Drahtnachrichten.

Die sich das ultimative Verlangen Dr. Wirths nach einer Koalitionregierung entwickelte.

Berlin, 15. November. Um 10 Uhr abends erklärte der Reichstagspräsident, die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft habe ihn darauf hingewiesen, daß besonders die letzte Note eine solche durch eine breitere Basis der Regierung erfordere. Die deutsche Volkspartei habe der nach Paris gesandten Note ausdrücklich zugestimmt. Die Note sei tatsächlich ein Ausdruck gewesen des politischen Willens der noch nicht vorangegangenen großen Koalition. Besonders das Zentrum sei an ihn herangetreten mit der Forderung, diese Zusammenarbeit in eine wirtschaftspolitische Gemeinschaft umzuwandeln. Dieser Vorschlag habe er entprochen und habe das Verlangen nach der großen Koalition gestellt.

Die neuen Kohlenpreiserhöhungen ab 16. November.

Berlin, 15. November. Die letzten erfolgten Kohlerhöhungen und die noch in weit stärkerem Maße gestiegenen Material- und Grubenholzpreise geben Veranlassung zu einer neuen Erhöhung der Kohlenpreise. Diese steigern sich nach dem gestrigen Beschluß der Organe der Kohlenwirtschaft wie folgt: Für das Ruhrgebiet Gattfördertöpfe um 8971 Mark, für Niedersächsen durchschnittlich um 4198 Mark, für Sachsen um 4842, für Wachsen-Schwelmer um 4489, für Wachsen-Nordstern um 5266, für Niedersachsen-Obendören um 4524, für Niedersachsen-Sarklinghausen um 4914, für rheinische Braunkohle um 699, für Britetts um 2847 Mark. Für das mitteldeutsche Braunkohlenrevier konnte die Erhöhung ziffernmäßig noch nicht festgestellt werden; weil die Berechnung von dem Ergebnis eines am Mittwoch zu fallenden Vorkaufes abhän-gig ist. Die Preiserhöhung gilt vom 16. November ab.

Die Reichsbronzemedaille für Gerhart Hauptmann.

Berlin, 15. November. Gerhart Hauptmann wird anlässlich seines 60. Geburtstages vom Reichspräsidenten Ebert als Ehrengeschenk eine von Künstlerhand entworfene in Bronze gegossene Medaille, die in einem Bronzegefaß ruht, überreicht werden. Die Medaille zeigt auf der Vorderseite einen Adler in aufstrebender Stellung, eine neue Fassung des Reichssymbols. Die Rückseite trägt folgende Inschrift: „Gerhart Hauptmann, dem Dichter und Seher, in dessen Wort die Seele des deutschen Volkes zum Lichte drang. Der Reichspräsident.“ Dies äußere Zeichen der allgemeinen Anerkennung soll auch weiter verdienten Männern berlassen werden. — Der Ausschuss der Berliner Studentenschaft hat gestern die offizielle Beteiligung an der Gerhart Hauptmann-Feier in der Universität abgelehnt.

Eine Falschmeldung.

Kopenhagen, 15. November. In verschiedenen ausländischen Blättern werden Gerüchte wiedergegeben, wonach alle russischen Großfürsten und verbliebenen letzten russische Monarchisten sich gegen Weihnachten in Kopenhagen versammeln und von der Kaiserin-Witwe empfangen werden sollen. Aus besser Quelle wird berichtet, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren.

Der Doctar notierte heute vormittag in Berlin vorüberfliegend mit 7726.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Selmann. Druck u. Verlag: Auer Druck- und Verlagsanstalt m. b. H. Aus.

Sämtliche Druckarbeiten liefert in künstlerischer Ausführung die

ADUVA

ALLER DRUCK- u. VERLAGS-GESELLSCHAFT M. B. H.

Buch druckerei, AUE (ERBEB. TELFON 22), Buch druckerei

Ein Wunder der modernen Chirurgie.

Die ... Verlängerung des Menschen. Die ...

... den ...

für die ...

Persil bleibt Persil. In alter bewährter Güte! Geeignet für alle Arten von Wäsche.

Es ist zu schwer! Gustav Hellmut Ficker. Im Alter von 23 Jahren...

Künstlerische Entwürfe - Holzschnitte. Reluchen - Galvanos. Kischees.

Carolatheater-Lichtspiele. Die große „Dogenbed-Raubtier-Sensation“.

Für die vielen Beweise wohltuender Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen...

Zöpfe färbt u. repariert billigst in kürzester Zeit.

Zur Beachtung! Die fortschreitende Geldentwertung...

Die Schuhmacher-Innung von Aue und Umgebung. Nestle-Dauerwelle.

Schreibmaschinistin. Notiz stenographierend, zum möglichst sofortigen Antritt gesucht.

Erste Auer Dampfwäscherei und Neuplättereier für Kragen, Manschetten, Oberhemden, Hauswäsche.

Gänsellügel kauft Auer Tageblatt. Für leichte Kontorarbeiten.

Die Zeitverhältnisse erfordern eine sparsame Instandhaltung aller Garderobe.

Stepperinnen für Stehumlegtragen und Servitours für Heimarbeit.

Für leere Rot- u. Weißweinflaschen Zeitungen, Zeitschriften und Bücher.

Saubere Aufwartung nicht unter 15 Jahren für sofort gesucht.

Für ausgekämmtes Frauenhaar (Wischhaar) zahlen p. Kilo 1800-2000 Mr.

Export-Agentur mit einflussreich mit nachweislich großen Erfolgen.

Diamant's Rohprodukten undig. Bahnhofstr. 2. Ode Markt.

Kleine Anzeigen Stellenangebote Stellensuche.

Kleine Erzenterpresse, einmügl. mit Zahnradübertragung, zu kaufen gesucht.